

Die Bundesstraße 96 ist 320 Kilometer lang und führt von Zittau zur Insel Rügen, einmal hoch durchs Territorium der vor 30 Jahren untergegangenen DDR. Damals hieß sie F 96 und wurde nach dem Mauerbau südlich um Berlin herum geführt, heute verläuft sie wieder mitten durch die Hauptstadt. Man nennt sie auch die ostdeutsche Route 66.

VON CLAUDIUS MALZAHN

Wer früher etwa von Sachsen an die Mecklenburgische Seenplatte reisen wollte und wenig Geld hatte, hielt den Daumen an der Straße raus und trampelte gen Norden. „Trampen war in der DDR ein beliebtes und vor allem sicheres Fortbewegungsmittel“, erinnert sich der ehemalige Bürgerrechtler Frank Richter (60). Als junger Mann ist Richter auf diese Weise bis zur Ostsee gefahren, manchmal sogar bis nach Polen.

An diese Zeit hat sich der Sachse in den vergangenen Wochen oft erinnert. Richter sitzt seit dem Sommer vorigen Jahres für die SPD im Dresdner Landtag, er hat viele Bücher über seine Heimat geschrieben, über Befindlichkeiten und Identität, über Gewalt und Demokratie, über die vereinigten Nation und aggressiven Nationalismus. An der B96, zwischen Bautzen und Zittau, kommen diese Themen gerade alle wieder zusammen, immer am Sonntagvormittag – „wenn andere Leute in die Kirche gehen“, wie der Theologe Richter betont.

Seit Wochen stehen dort in den sonntäglichen Morgenstunden immer wieder hunderte Menschen am Straßenrand. Viele halten Pappschilder in der Hand, als wollten sie von Autofahrern mitgenommen werden. Aber sie wollen nicht weg, „es sind keine Trampler“, sagt Richter. Auf den Schildern steht: „Wacht auf!“, „Meine Gedanken sind frei“, „Weltfrieden“ oder „Hört auf, uns zu belügen“. Dazwischen schwenken Männer und Frauen Reichsflaggen und Reichskriegsflaggen; seit mehr als 100 Jahren schon die schwarz-weiß-rote Bekennnisfahne völkischer und nationalistischer Gruppen in Deutschland.

„Das, was sich an der B96 zeigt, ist politisch gefährlich“, warnt Richter, der sich in den vergangenen Jahren auch intensiv mit der Dresdner Pegida-Bewegung befasst hat. Ähnlich wie in Dresden habe man es seiner Ansicht nach mit einem „verhärteten Wut- und Empörungspotenzial“ bei Menschen zu tun, die ihr Heil zunehmend in nationalistischen Ideologien suchen würden. Richter wurde in den vergangenen Jahren nicht müde, Dialogbereitschaft der Politik mit solchen Gruppen einzufordern. Heute sagt er: „Diese Dialogsignale muss man weitersenden. Aber vieles an Konflikten ist da gar nicht mehr rationalisierbar.“

Denn reden wollen die wenigsten Demonstranten an der B96. Das Ganze nennt sich „stiller Protest“. Auslöser waren die von der sächsischen Landesregierung im Frühjahr beschlossenen öffentlichen Beschränkungen in den Zeiten der Pandemie. An der Bundesstraße 96 stehen viele Impfpflichtgegner, Menschen, die die Corona-Auflagen für völlig übertrieben halten, und andere, die betuern: „Es gibt keine Pandemie!“ Eine bizarre politische Mischung, wie sie nicht zuletzt in Berlin zu beobachten war, als Anfang August



Was braut sich hier zusammen?

Seit Wochen stehen an der Bundesstraße 96 zwischen Bautzen und Zittau Menschen am Straßenrand und demonstrieren gegen die Corona-Auflagen. Inzwischen interessieren sich auch der sächsische Verfassungsschutz und die Polizei für die bizarren Aufmärsche

rund 20.000 Demonstranten vom Tiergarten Richtung Friedrichstraße zogen. Ohne Maske, ohne Abstand, aber mit Wut im Bauch.

Die örtlichen sächsischen Behörden ignorieren das sonntägliche Geschehen am Straßenrand zunächst; inzwischen beschäftigt sich auch die Regierung mit dem Geschehen. Der Landesverfassungsschutz habe Hinweise darauf, dass Rechtsextremisten die Proteste nutzen, „um in das bürgerliche Lager vorzudringen“, erklärte Sachsens Innenminister Roland Wöllner (CDU) jetzt in einem Interview. Das Zeigen der Reichskriegsflagge etwa sei ein klarer Hinweis. „Wir nehmen die Sache sehr ernst.“

Für Valentin Lippmann, den parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen im Landtag, sind die Proteste an der B96 „ein weiteres Sinnbild dafür, dass antidemokratische, rassistische, antisemitische Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in unserer sächsischen Gesellschaft mittlerweile so verbreitet sind, dass es den Menschen entweder egal oder es möglicherweise sogar selbstverständlich für sie ist, sich neben Rechtsextreme und Verschwörungsideologen zu stellen“. Er befürchtet, dass sich dort weitere rechtsextreme Netzwerke bilden könnten, und mahnt zur Wachsamkeit.

„Gleichzeitig müssen Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten durch die Sicherheitsbehörden zügig aufgeklärt und konsequent verfolgt werden“, so Lippmann gegenüber WELT.

Denn der „stille Protest“ bleibt nicht immer ruhig, manchmal fliegen sogar Fäuste. Ein Reporter von Spiegel-TV wurde bei Dreharbeiten mit der Faust an der Schläfe getroffen. Ermittelt wird wegen Körperverletzung. Inzwischen sind an der Strecke zwischen Bautzen und Zittau sonntags auch verstärkt Polizeistreifen im Einsatz. Bisher habe die Polizei 46 Strafverfahren gegen Teilnehmer eröffnet, teilt ein Sprecher des Innenministeriums mit. Die Vorwürfe reichen von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz über Nötigung bis hin zu schwerer Körperverletzung.

Wer letztlich hinter dem Geschehen auf der Grasnarbe steckt, ob, wie und von wem er geplant wird, ist für die Behörden zumindest teilweise rätselhaft. Die Versammlungen müssten nach dem Demonstrationsrecht eigentlich offiziell beim Landratsamt angemeldet werden – das aber ist bisher nie passiert. In nur wenigen Fällen sei es der Polizei bisher gelungen, „ausfindig zu machen, wer dahintersteckt“, so Innenminister Wöllner. Es gebe öffentliche Aufrufe sowie Anzeigen und Aufrufe im Internet. „Doch meistens handelt es

sich um geschlossene Benutzergruppen. Das macht es der Polizei natürlich nicht einfach“, so Wöllner beim MDR.

Der Freistaat Sachsen plant freilich nicht, die Versammlungen zu verbieten. Es müsse und könne friedlich demonstriert werden, so Wöllner – aber bitte mit Anmeldung, ohne Gewalt oder Eingriffe in den Straßenverkehr. Für seine ausbalancierte Haltung wurde Wöllner im Landtag von zwei Seiten attackiert: Die Linke warf ihm vor, zu zögerlich gegen die Versammlungen vorzugehen. Die AfD kritisierte, der Innenminister verurteile die Demonstranten als Rechts-Extremisten.

Der Abgeordnete Frank Richter wünscht sich nun eine „qualifizierte Debatte“ über die Pandemie-Maßnahmen und die B96-Proteste im sächsischen Parlament. Die Politik in Sachsen werde sich noch viele Jahre intensiv darum bemühen müssen, die Gesellschaft zusammenzuhalten, schreibt der Bürgerrechtler in einem Beitrag auf seiner Homepage. Den „Trampeln an der B96“ teilt Richter in dem Beitrag mit, „dass in der Regel nur die mitgenommen werden, die den Vorfahrernden zuwinken und ein freundliches Gesicht zeigen“. Das politische Trampen habe seinen Preis. „Jeder Fahrzeugführer sollte sich gut überlegen, wen er mitnimmt. Und jeder Trampler sollte wissen, bei wem er einsteigt.“

D. VALLÉE/STUTTGARTER ZEITUNG